

Zeitschrift:	Protar
Herausgeber:	Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes
Band:	3 (1936-1937)
Heft:	7
Artikel:	Verordnung über Massnahmen gegen die Brandgefahr im Luftschutz = Ordonnance concernant la lutte contre le danger d'incendie dans la défense aérienne
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-362531

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sondernummer - Numéro spécial

Brandschutzmassnahmen im Luftschutz - Mesures de protection contre le feu dans la protection aérienne

Inhalt — Sommaire

	Seite	Page	
Verordnung über Massnahmen gegen die Brandgefahr im Luftschutz	107	Bauliche Massnahmen zum Schutz gegen Brandbomben.	
Ordonnance concernant la lutte contre le danger d'incendie dans la défense aérienne	109	Von G. Schindler, dipl. Arch., E. T. H. Zürich	123
Massnahmen gegen die Brandgefahr im Luftschutz	110	Geräte für die Hausfeuerwehr	126
Ratschläge für die Organisation der Feuerbekämpfung im Luftschutz. Von P. Bucher, Bern	112	Luftschutz-Estrich. Von Architekt Hans Löw, Basel	128
Feuerwehr und Feuerbekämpfung im Luftschutz. Von A. Elsener, Feuerwehrkommandant, Wil	114	Flammenschutzmittel und Luftschutz. Von F. Stauffer, Abteilung für passiven Luftschutz	129
Service du feu et lutte contre l'incendie. Par William Keller, Genève	115	Die Feuerwehr im Industrieluftschutz. Von Dr. H. Bots, Betriebsleiter der Ciba, Basel	131
Brandbomben und deren Wirkungen. Von W. Brennwald, Bern	117	Die Wasserversorgung zu Feuerlöschzwecken im Luftschutz. Von Dr. L. Bendel, Ingenieur	132
Die Bekämpfung von Brandbomben. Von M. Koenig, Sektionschef der Abteilung für passiven Luftschutz	119	Prevenzione ed estinzione incendi nella protezione anti-aerea. E. Kronauer, Bellinzona	133
La lutte contre les bombes incendiaires. Par M. Guignard-Pollens, Vallorbe	122	Brandversicherung und passiver Luftschutz. Von K. Strübin, Liestal	135
		Billet vaudois	137
		Ausland-Rundschau	138

Verordnung über Massnahmen gegen die Brandgefahr im Luftschutz (Vom 19. März 1937)

Der schweizerische Bundesrat,

gestützt auf den Bundesbeschluss vom 29. September 1934 betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung,

beschliesst:

I. Allgemeines.

Art. 1.

Zur Bekämpfung der Brandgefahr werden vorgeschrieben:

- a) die Entrümpelung der Dachräume;
- b) die Bildung von Hausfeuerwehren.

Die Massnahmen sind in den luftschutzpflichtigen Ortschaften durchzuführen.

Für andere Ortschaften ist es den kantonalen oder Gemeindebehörden anheimgestellt, die Massnahmen ganz oder teilweise anzuordnen.

Die Massnahmen erstrecken sich nicht auf landwirtschaftliche Betriebe.

II. Entrümpelung.

Art. 2.

Die Entrümpelung hat den Zweck, die Brandgefahr in den Dachräumen (Estrichen, Dachböden, Winden usw.) herabzusetzen und das Löschen der Brände zu erleichtern.

Ausgebaute, bewohnbare Dachzimmer oder Mansarden werden zu den Dachräumen gerechnet, sofern sie auf dem gleichen Boden liegen wie die Estriche oder Winden.

Die Entrümpelung besteht darin, dass sowohl leicht entzündbare als entzündliche Gegenstände aus den Dachräumen entfernt werden.

Art. 3.

Es ist verboten, folgende Stoffe und Gegenstände in Dachräumen aufzubewahren:

- a) feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die explosionsfähig sind, wie z. B. Zelluloid, Filme, Benzin, Gasolin, Petrol;
- b) leicht brennbare Stoffe, wie z. B. Heu, Seegras, Stroh, Holzwolle, Holzspäne, loses Reisig, Putzlappen, Papierabfälle, Oele;
- c) nicht oder kaum mehr brauchbare Gegenstände aller Art, wie z. B. altes Papier, Hadern, Abfälle und sonstiges eigentliches Gerümpel.

Die Verbote erstrecken sich auch auf solche Gegenstände, die zu einem wesentlichen Teil aus den genannten Stoffen bestehen.

Art. 4.

Sofern keine andern geeigneten Lagerstellen zur Verfügung stehen, darf Brennholz, soweit es die Form

von Klötzen, Scheitern oder andern festen Stücken sowie von solid gebundenen Heizwellen hat, in Dachräumen aufbewahrt werden.

Dies ist jedoch nur gestattet, wenn die Lagerung geordnet und derart vorgenommen wird, dass die Leerung der Dachräume in kürzester Frist möglich ist.

Art. 5.

Die Entrümpelung ist so durchzuführen, dass die verbotenen Gegenstände endgültig beseitigt oder anderswo untergebracht werden.

Sie dürfen nicht in der Nähe der Dachräume gelagert werden.

Art. 6.

Die in den Dachräumen verbleibenden Gegenstände sind so zu ordnen, dass alle Teile des Raumes überblickbar und zugänglich sind.

Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass Ecken und Winkel sowie sonst schwer erreichbare Dachteile frei bleiben und nicht für die Aufbewahrung irgendwelcher Gegenstände benutzt werden.

Kleine Gegenstände dürfen nicht zerstreut herumliegen, sondern müssen in festen Behältern untergebracht werden.

Art. 7.

Wo in industriellen und gewerblichen Anlagen die Durchführung der Entrümpelung besondere Schwierigkeiten bietet, können Abweichungen von einzelnen Vorschriften der Art. 3 bis 6 gestattet werden.

Dies ist aber nur zulässig, wenn gleichzeitig bauliche oder betriebliche Sicherungen geschaffen werden, die es ermöglichen, die mit der Entrümpelung verbundenen Zwecke anderswie zu erreichen.

Zuständig für die Bewilligung von Ausnahmen ist die Ortspolizeibehörde, unter Vorbehalt des Rekurses nach kantonalem oder Gemeinderecht.

Art. 8.

Die luftschutzpflichtigen Gemeinden treffen Vorrangungen, um den Einwohnern die Durchführung der Entrümpelung zu erleichtern.

Sie haben insbesondere für die unentgeltliche Wegführung des überflüssigen Materials zu sorgen.

Art. 9.

Die luftschutzpflichtigen Gemeinden sind für die Durchführung der Entrümpelung verantwortlich.

Sie sorgen für periodische Kontrollen, mit deren Vornahme auch die örtliche Luftschutzorganisation beauftragt werden kann.

Jedermann ist verpflichtet, das Betreten der Räume zu gestatten und sich den Kontrollmassnahmen zu unterziehen.

III. Hausfeuerwehren.

Art. 10.

Die Hausfeuerwehren haben den Zweck, Brandausbrüche zu verhüten und zu bekämpfen.

Sie sorgen dafür, dass die Massnahmen der Entrümpelung auch nach deren ersten Durchführung beobachtet werden.

Art. 11.

Hausfeuerwehren sind in jedem tagsüber oder nachts ständig benützten Gebäude einzurichten, soweit die Anzahl und die persönlichen Eigenschaften der Insassen dies gestatten.

Wo es zweckdienlich erscheint, ist darauf zu halten, dass die Insassen mehrerer benachbarter Gebäude zusammen eine Hausfeuerwehr bilden.

Art. 12.

Zu den Hausfeuerwehren können Personen beiderlei Geschlechts, auch Jugendliche, herangezogen werden.

Es dürfen nicht in sie eingereiht werden:

- a) Militärdienstpflichtige;
- b) Angehörige von Luftschutzorganisationen;
- c) Personen, die im Mobilmachungsfall sonstwie durch öffentliche Pflichten beansprucht sind.

Jedermann ist verpflichtet, die ihm übertragenen Verrichtungen bei der Hausfeuerwehr zu übernehmen, sofern er nicht wegen anderer öffentlicher Pflichten oder aus Gesundheitsgründen daran verhindert ist.

Art. 13.

Jede luftschutzpflichtige Gemeinde bezeichnet eine Stelle, welcher die Vorbereitung und Durchführung der mit den Hausfeuerwehren zusammenhängenden Massnahmen übertragen wird.

Die Gemeinden können diese Verrichtungen der örtlichen Luftschutzorganisation zuweisen.

Gegen Verfügungen der bezeichneten Stelle kann binnen 10 Tagen eine übergeordnete Behörde angerufen werden, die nach Massgabe des kantonalen oder des Gemeinderechtes zu bestimmen ist und die endgültig entscheidet.

Art. 14.

In jedem Hause oder in jeder Gemeinschaft von Häusern übernimmt eine Person als Luftschutzwart die Leitung der Hausfeuerwehr.

Der Hauseigentümer oder, wo ein solcher besteht, der Hausverwalter ist verpflichtet, der bezeichneten Stelle mitzuteilen, wer als Luftschutzwart vorgeschlagen wird.

Die Stelle ernennt die Luftschutzwarte.

Art. 15.

Der Luftschutzwart bezeichnet die zur Hausfeuerwehr gehörenden Personen und übermittelt der Stelle deren Liste mit den genauen Personalien.

Die Stelle überprüft die getroffenen Massnahmen und entscheidet nötigenfalls darüber, wer den einzelnen Hausfeuerwehren angehört.

Art. 16.

Die Ausbildung der Hausfeuerwehren wird von den örtlichen Luftschutzorganisationen besorgt, die hierfür geeignete private Verbände beiziehen können.

Art. 17.

Das Eidg. Militärdepartement wird ermächtigt, Vorschriften über die Ausbildung, sowie über Ausrüstung und Verrichtungen der Hausfeuerwehren zu erlassen.

Für die Ausrüstung mit Gasmasken und ähnlichen Geräten bestimmt das Eidg. Militärdepartement, inwieweit die mit dem Bundesbeschluss vom 11. Juni 1936 bewilligten Kredite für allgemeines Luftschutzmaterial und Zivilgasmasken beansprucht werden können.

IV. Gemeinsame Bestimmungen.

Art. 18.

Die Massnahmen für die Entrümpelung und die Bildung von Hausfeuerwehren sind unverzüglich vorzubereiten.

Die Kantone haben für die Durchführung der Massnahmen durch die Gemeinden zu sorgen.

Die Entrümpelung ist spätestens bis zum 1. Juli 1937 vorzunehmen.

Für die Hausfeuerwehren sind die Bestände spätestens bis zum 1. März 1938 aufzustellen, worauf die Ausbildung zu beginnen hat.

Art. 19.

Widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach Massgabe des Bundesratsbeschlusses vom 3. April 1936 betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz geahndet.

Art. 20.

Der Vollzug dieser Verordnung, soweit er dem Bunde obliegt, ist Sache des Eidg. Militärdepartements.

Art. 21.

Diese Verordnung tritt am 25. März 1937 in Kraft.
Bern, den 19. März 1937.

Im Namen des schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Motta.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

Ordonnance concernant la lutte contre le danger d'incendie dans la défense aérienne (Du 19 mars 1937)

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934 sur la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes,

arrête:

I. Généralités.

Article premier.

Sont prescrits pour combattre le danger d'incendie:

a) le débâlage des combles;

b) l'organisation de services du feu par maison.

Ces mesures sont obligatoires dans les localités astreintes à la défense aérienne passive.

Les autorités cantonales ou communales peuvent les prescrire entièrement ou partiellement pour les autres localités.

Elles ne s'étendent pas aux exploitations agricoles.

II. Débâlage des combles.

Art. 2.

Le débâlage a pour but de diminuer le danger d'incendie dans les combles (galetas, greniers, chambres de débarras, etc.) et de faciliter l'extinction des foyers.

Les mansardes aménagées et habitables qui se trouvent sur le même palier que les galetas ou greniers sont assimilées aux combles.

Le débâlage consiste à éloigner des combles tout objet facilement inflammable ou superflu.

Art. 3.

Il est interdit de conserver dans les combles:

- a) des matières explosives solides, liquides ou gazeuses, telles que celluloïde, films, benzine, gazoline, pétrole;
- b) Des matières facilement combustibles, telles que foin, crin végétal, paille, laine de bois, copeaux, petit bois, torchons, débris de papier, huiles;
- c) des objets de toute sorte qui ne sont plus ou presque plus utilisables, tels que vieux papier, chiffons, déchets et autres vieilleries sans valeur.

L'interdiction s'étend aussi aux objets dans lesquels ces matières entrent pour une part essentielle.

Art. 4.

A défaut d'autres locaux appropriés, les combles pourront servir de dépôt pour le bois de chauffage en blocs, bûches ou autres morceaux, ou en fagots solidement liés.

Toutefois, le dépôt devra être en bon ordre et aménagé de manière que les combles puissent être débarrassés dans le plus bref délai.

Art. 5.

Le débâlage doit se faire de manière que les objets interdits soient définitivement supprimés ou déposés ailleurs.

Il est interdit de les ranger à proximité des combles

Art. 6.

Les objets qui restent dans les combles doivent être rangés de manière que toutes les parties des pièces soient accessibles et en vue.

On veillera notamment à ce qu'aucun objet ne soit déposé dans les coins et les angles, ni dans les autres parties difficilement accessibles de la toiture.

Les petits objets ne doivent pas être dispersés, mais déposés dans des récipients solides.

Art. 7.

Pour les exploitations industrielles ou artisanales où le débâlage présente des difficultés particulières, des dérogations à certaines dispositions des articles 3 à 6 peuvent être accordées.

Ces dérogations ne seront toutefois accordées que si les entreprises prennent en même temps, en matière de construction ou d'exploitation, des mesures de protection permettant d'atteindre autrement le but visé par le débâlage.

Les dérogations sont accordées par les autorités de la police locale, sous réserve de recours conformément au droit cantonal ou communal.

Art. 8.

Les communes astreintes à la défense aérienne passive prendront les dispositions nécessaires pour faciliter le débâlage aux habitants.

Elles pourvoiront en particulier au transport gratuit des matériaux superflus.

Art. 9.

Les communes astreintes à la défense aérienne passive sont responsables du débâlage.

Elles effectuent des contrôles périodiques; ceux-ci peuvent aussi être confiés à l'organisme local de défense aérienne passive.

Chacun est tenu d'accorder le libre accès aux combles et de se soumettre aux mesures de contrôle.

III. Services du feu par maison.

Art. 10.

Les services du feu par maison ont pour but de prévenir et combattre les incendies.

Ils veillent à ce que les mesures de déblaiement continuent d'être observées une fois le premier déblaiement effectué.

Art. 11.

Un service du feu sera organisé, si le nombre et les qualités personnelles des habitants le permettent, dans chaque bâtiment occupé en permanence de jour ou de nuit.

Lorsque les circonstances le justifient, les habitants de plusieurs bâtiments voisins doivent se réunir pour instituer en commun un service du feu.

Art. 12.

Peuvent être admises dans les services du feu des personnes des deux sexes, y compris les jeunes gens.

Ne peuvent en faire partie:

- a) les personnes astreintes au service militaire;
- b) les membres d'organismes locaux de défense aérienne passive;
- c) les personnes qui, en cas de mobilisation, sont retenues par d'autres obligations publiques.

Toute personne est tenue de remplir les fonctions qui lui sont confiées dans le service du feu à moins qu'elle ne soit empêchée par d'autres obligations publiques ou par des raisons de santé.

Art. 13.

Toute commune astreinte à la défense aérienne passive désigne un office qui est chargé de préparer et d'exécuter les mesures concernant les services du feu par maison.

Les communes peuvent confier ce soin à l'organisme local de défense aérienne passive.

Les décisions de l'office peuvent être déférées dans les dix jours à une autorité supérieure qui sera désignée conformément au droit cantonal ou communal et qui prononcera définitivement.

Art. 14.

Dans chaque maison ou groupe de maisons, une personne assume la direction du service du feu en qualité de garde de défense aérienne passive.

Le propriétaire ou, le cas échéant, le gérant ou régisseur est tenu d'indiquer à l'office la personne proposée comme garde de défense aérienne passive.

Les gardes sont nommés par l'office.

Art. 15.

Le garde désigne les personnes qui doivent faire partie du service du feu et en dresse la liste, munie de

toutes les indications personnelles nécessaires, à l'intention de l'office.

L'office examine les mesures prises et décide au besoin qui doit faire partie de chaque service du feu.

Art. 16.

Les organismes locaux de défense aérienne passive pourvoient à l'instruction des services du feu; ils peuvent, à cet effet, recourir à des associations privées qualifiées.

Art. 17.

Le Département militaire fédéral est autorisé à édicter des prescriptions sur l'instruction, l'équipement et le fonctionnement des services du feu.

Pour la remise de masques à gaz et engins similaires, le Département militaire décide dans quelle mesure il pourra être fait usage des crédits ouverts par l'arrêté fédéral du 11 juin 1936 et destinés au matériel général de défense aérienne passive et aux masques à gaz pour civils.

IV. Dispositions communes.

Art. 18.

Les mesures pour le déblaiement et la constitution des services du feu seront préparées sans délai.

Les cantons veillent à l'exécution de ces mesures par les communes.

Le déblaiement devra être achevé au plus tard le 1er juillet 1937.

Les services du feu doivent être constitués pour le 1er mars 1938 au plus tard, date à laquelle commencera l'instruction du personnel.

Art. 19.

Les infractions à la présente ordonnance seront poursuivies conformément à l'arrêté du Conseil fédéral du 3 avril 1936 réprimant les infractions en matière de défense aérienne passive.

Art. 20.

Le Département militaire fédéral est chargé de l'exécution de la présente ordonnance dans la mesure où elle incombe à la Confédération.

Art. 21.

La présente ordonnance entre en vigueur le 25 mars 1937.

Berne, le 19 mars 1937.

Au nom du Conseil fédéral suisse:
Le président de la Confédération,
Motta.

Le chancelier de la Confédération,
G. Bovet.

Massnahmen gegen die Brandgefahr im Luftschutz

Unter den Gefahren, die in einem modernen Kriege dem Hinterlande durch Luftangriffe drohen, steht die Erzeugung zahlreicher Brände im Vordergrund. Das Gewicht der Brandbomben beträgt meistens bloss 1—2 kg, so dass ein einziges Flugzeug eine grosse Zahl solcher mitführen und über Ortschaften abstreuen kann. Infolge ihres geringen Gewichtes sowie auch ihrer besondern Beschaffen-

heit gelangen die Brandbomben bestimmungsgemäss in den Dachräumen zur Entzündung. Daraus ist die Gefahr vieler gleichzeitiger Brandausbrüche gegeben. Dem Brandschutz muss deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Lage ist umso bedenklicher, als bei einer allgemeinen Mobilmachung die Bestände der Feuerwehren sehr stark herabgesetzt werden. In grös-